

Antrag A11: Schluss mit Symbolpolitik! Plattformen regulieren statt Jugendliche ausschließen

Status: angenommen

Schluss mit Symbolpolitik! Plattformen regulieren statt Jugendliche ausschließen

Die Linke Hamburg lehnt pauschale Social-Media-Verbote für Minderjährige entschieden ab.

Social-Media-Verbote für Minderjährige sind keine geeignete Maßnahme für Kinder- und Jugendschutz. Die aktuelle Debatte ist Ausdruck politischer Hilflosigkeit. Sie suggeriert Handlungsfähigkeit, greift aber nicht die strukturellen Ursachen digitaler Risiken an und wird damit dem Anspruch an wirksamen und verhältnismäßigen Schutz nicht gerecht.

Neben den immensen Kosten für die Errichtung und Erhaltung der Infrastruktur, die für eine verlässliche Alterskontrolle notwendig wäre, bedeutet diese in der Umsetzung eine verpflichtende Verifikation für alle Nutzer*innen und damit viele weitere sensible Daten in den Händen undurchsichtiger Großkonzerne.

Zudem lassen sich Verbote leicht umgehen über alternative Accounts, Messenger, Spiele oder Plattformwechsel. Statt Probleme zu lösen, werden sie in weniger sichtbare Bereiche verlagert.

Damit wird Verantwortung verschoben: weg von den Plattformen und ihren Geschäftsmodellen, hin zu jungen Menschen und ihrem Umfeld.

In dieser Debatte gehören Kinderrechte an erste Stelle!

Kinderrechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention verankert und gelten auch im digitalen Raum. Von einem Verbot direkt betroffen wären z.B.:

- Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 13)
- Recht auf Zugang zu Informationen (Art. 17)
- Recht auf Beteiligung (Art. 12)
- Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 15)
- Recht auf Entwicklung (Art. 6)

Diese Rechte greifen ineinander. Ein Verbot greift nicht nur in ein einzelnes Recht ein, sondern betrifft mehrere grundlegende Rechte gleichzeitig. Dadurch würden Kinder und Jugendliche systematisch aus zentralen gesellschaftlichen Debattenräumen ausgeschlossen. Für eine demokratische und partizipatorische Gesellschaft darf das keine Option sein. Ohne Zugang zu Informationen keine Meinungsbildung, ohne Meinungsbildung keine Beteiligung.

Radikalisierung, Desinformation und digitale Gewalt sind keine jugendspezifischen Phänomene. Sie betreffen alle Altersgruppen. Erwachsene sind genauso mit Desinformation, algorithmischer Steuerung und digitalen Dynamiken konfrontiert. Erwachsenen fehlt es mindestens genauso an ausreichender Medienbildung, um digitale Inhalte einordnen, prüfen und bewerten zu können.

Aktuelle und viele vorige Fälle digitaler Gewalt zeigen, wie stark Plattformlogiken wirken und wie unzureichend Schutz und Aufklärung bislang sind.

Die eigentlichen Risiken entstehen in den Strukturen digitaler Plattformen. Die Geschäftsmodelle großer Plattformkonzerne beruhen auf Datensammlung, Aufmerksamkeitsbindung und algorithmischer Verstärkung emotionalisierender Inhalte. Diese Logiken fördern Polarisierung, begünstigen Desinformation und können demokratische Diskurse verzerren. Digitale Gewalt, Hass, gezielte Falschinformationen und öffentliche Eskalationen verbreiten sich nicht zufällig. Sie werden durch Plattformmechanismen verstärkt und treffen insbesondere Kinder, FLINTA* und andere marginalisierte Gruppen überproportional.

Deshalb braucht es unbedingt Maßnahmen zum Schutz und zur Kompetenzbildung in der gesamten Gesellschaft.

Mit dem Digital Services Act (DSA) bestehen bereits europäische Vorgaben, die Plattformen verpflichten gegen illegale Inhalte vorzugehen, Meldesysteme bereit zu stellen und systemische Risiken für Grundrechte, demokratische Diskurse und den Schutz von Nutzer*innen zu analysieren.

In der Realität zeigen sich leider deutliche Lücken: Häufig sind Meldesysteme intransparent und Anzeigen führen ins Leere. Inhalte, die Desinformation verbreiten, Menschen gezielt angreifen oder digitale Gewalt verstärken, bleiben sichtbar und wirksam.

Die Profitorientierung der Konzerne ist dabei zentral problematisch.

Soziale Netzwerke sind längst Teil globaler kritischer Infrastruktur demokratischer Öffentlichkeit, während ihre Funktionsweise an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet ist.

Das zeigt sich besonders prekär, wo demokratische Prozesse und gesellschaftliche Gesundheit beeinflusst und beeinträchtigt werden.

Deshalb braucht es eine stärkere Regulierung von Plattformen sowie Anwendung und Ausweitung von bestehenden Gesetzen. Gesetze dürfen nicht nur formal verpflichtend sein.

Plattformen und deren Konzerne müssen zur Verantwortung gezogen werden. Verstöße müssen Konsequenzen haben.

Wenn Risiken in den Strukturen der Plattformen entstehen, muss auch der Schutz dort ansetzen, d.h. Plattformen wirksam in die Verantwortung nehmen, digitale Gewalt und Desinformation eindämmen, Verstärkungsmechanismen begrenzen, funktionierende Beschwerdemechanismen sicherstellen und Medienbildung strukturell stärken.

Digitalkonzerne, die Regulationen zum Schutz des Gemeinwohls nicht einhalten, müssen vergesellschaftet werden. Vergesellschaftete Plattformen sind partizipativ, sozial und am öffentlichen Interesse hin auszurichten.

Ein Social-Media-Verbot für Minderjährige setzt hier nicht an. Wer Jugendliche ausschließt, schützt keine Kinder, sondern die Geschäftsmodelle und Profite der Plattformkonzerne.

Digitale Plattformen sind heute zentrale Orte demokratischer Öffentlichkeit. Politische Information, Meinungsbildung und gesellschaftliche Debatte finden maßgeblich in digitalen Räumen statt. Wer über

Demokratie spricht, muss deshalb über digitale Machtstrukturen sprechen.

Demokratie lebt von Beteiligung, nicht von Ausschluss. Pauschale Verbote beschneiden Informations-, Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen und untergraben langfristig demokratische Selbstwirksamkeit. Wer Jugendlichen den Zugang zu digitalen Öffentlichkeiten entzieht, entzieht ihnen Teilhabe und Räume politischer Erfahrung und demokratischen Lernens.

Medienkompetenz in der heutigen Zeit bedeutet, Informationen einordnen zu können, Quellen zu prüfen, Manipulation zu erkennen und sich in digitalen Öffentlichkeiten selbstbestimmt zu bewegen. Sie ist eine demokratische Schlüsselkompetenz.

Diese Fähigkeiten entstehen aber nicht plötzlich am 16. Geburtstag. Sie müssen über Jahre hinweg entwickelt und begleitet werden.

Genau daran fehlt es seit Jahren strukturell und zwar gesamtgesellschaftlich.

Deshalb setzt sich Die Linke Hamburg ein für:

1. Kinderrechte und Kinderschutz im digitalen Raum stärken

- Förderung der UN-Kinderrechtskonvention im digitalen Raum
- Schutz vor Ausbeutung, Manipulation, Datenprofiling und kommerzieller Verwertung persönlicher Daten
- Entwicklung und Durchsetzung kindgerechter, datensparsamer und sicherer Plattformstandards
- Angebote bereitstellen, die Kompetenzen stärken und Teilhabe sichern und nicht einschränken

2. Plattformmacht wirksam regulieren

- Verbot personalisierter Werbung und datenbasierter Profilbildung bei Minderjährigen
- Regulierung suchtfördernder Designmechanismen (z. B. Infinite Scroll, Engagement-Optimierung...)
- konsequente Anwendung und Verfolgung bestehender Gesetze (insb. auf EU-Ebene)
- Transparenzpflichten für Empfehlungsalgorithmen
- unabhängige demokratische Kontrolle großer Plattformen
- Verbot oder Vergesellschaftung von Plattformen bei Missachtung des Gemeinwohls
- Aufbau gemeinwohlorientierter Alternativen zu profitorientierten Plattformen

3. Bestehende Regulierung konsequent durchsetzen (insb. DSA)

- konsequente Durchsetzung der bestehenden Verpflichtungen von Plattformen, insbesondere bei der Bekämpfung digitaler Gewalt, Desinformation und systematischer Falschinformationen
- wirksame Kontrolle und Verbesserung von Meldesystemen, damit Inhalte geprüft und Betroffene tatsächlich geschützt werden
- klare Sanktionen bei systematischem Versagen von Plattformen
- transparente Offenlegung von Risikoberichten großer Plattformen
- Stärkung unabhängiger Forschung zu Plattformwirkungen und zuständiger Aufsichtsbehörden

4. Medienbildung als gesellschaftliche Infrastruktur ausbauen

- verbindliche Bildung zu Plattformlogiken, Desinformation und algorithmischen Systemen sowie weiterer relevanter Themen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen
- Ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Angebote
- verpflichtende Aus-/Fortbildung für Erzieher*innen, Pädagog*innen, Lehrer*innen und Fachkräfte
- dauerhafte strukturelle Finanzierung außerschulischer Medienbildungsprojekte
- niedrigschwellige Angebote digitaler Bildung für Erwachsene

5. Auswirkungen digitaler Plattformen kontinuierlich erforschen und beobachten

- Verstärkung unabhängiger Forschung zu Auswirkungen digitaler Plattformarchitekturen auf junge Menschen, Erwachsene, demokratische Diskurse, digitale Gewalt und Desinformation
- stärkere Verzahnung von Wissenschaft, Bildungspraxis und politischer Regulierung
- regelmäßige Evaluation von Medienkompetenzen bei Schüler*innen und Lehrkräften